

Jetzt greift die „unsichtbare Hand“ des Marktes tief in die Taschen der Steuerzahler

Eine Analyse der heutigen Krise

30. Oktober 2008
Hans Schäppi

Die heutige Krise **ist nicht nur eine Finanzkrise**. Sie hat verschiedene Aspekte: Angefangen hat sie als supprime-Krise, bzw. Immobilienkrise in den USA, parallel dazu schossen die Erdölpreise und die Nahrungsmittelpreise in die Höhe. Die Immobilienkrise führte zur Bankenkrise und dem Crash an den Aktienbörsen. Immobilienkrisen haben immer zu einer Verlängerung und Vertiefung von Krisen geführt, wie dies die Rezessionen anfangs der 90er-Jahre in der Schweiz, aber vorab in Japan gezeigt haben. Für die Lohnabhängigen unmittelbar am problematischsten ist das Abgleiten verschiedener Länder in eine Rezession. Weil sich diese verschiedenen Stränge der Krise wechselseitig verstärken, ist mit einer tiefen und länger andauernden Krise zu rechnen, die durchaus den **Aspekt einer Systemkrise** hat. Damit steht die Linke auf dem Prüfstand. Sie wird der Herausforderung nur gerecht, wenn sie radikale Antworten gibt und selber die Systemfrage stellt (Vgl. dazu die Thesen von Beat Ringger).

Wie kam es zur Krise?

Auf dem Hintergrund der „klassischen“ Überakkumulationskrise der 70er-Jahre, der damit entstandenen Massenarbeitslosigkeit und der Schwächung der Gewerkschaften, konnte in den 80er- und 90er-Jahren mit dem neoliberalen politischen Projekt ein neues Regime der kapitalistischen Entwicklung durchgesetzt werden. Es ist erstens dadurch gekennzeichnet, dass mit der Krise des fordistischen Produktions- und Konsummodells, d.h. der sinkenden Profitrate, der Überproduktion in fordistischen Sektoren, wie Autos, Haushaltsgeräte etc., die **Steigerung der Ausbeutungsrate eine zunehmende Bedeutung gewann**. Die wichtigen Elemente dabei sind die Lohnflexibilisierung, die Lohnrestriktion, die Arbeitszeitverlängerung und Arbeitsintensivierung, der Abbau bei den Sozialleistungen, Steuererleichterung für Reiche und Angriffe auf die Gewerkschaften. Ziel ist eine Verlagerung von den Löhnen zu den Profiten und Gewinneinkommen und als Folge eine Beschränkung des Massenkonsums und eine Ausweitung des Luxuskonsums. In den Ländern des Südens haben vorab die sogenannten „Strukturmassnahmen“ von IWF und Weltbank massiv zur Prekarisierung und Verarmung beigetragen.

Zweitens ist das neue Regime das Resultat der **neoliberalen Umstrukturierungen**, insbesondere des Abbau aller Beschränkungen für den Handelsverkehr, die Investitionen, den Kapitaltransfer und den Devisenhandel. Diese Liberalisierungen, insbesondere die Freiheit des weltweiten Investierens, bilden ja den Kern dessen, was Globalisierung genannt wird. Diese Liberalisierungen erlauben eine Standortoptimierung, die weltweite Suche nach den höchsten Profiten und die damit verbundene Standortkonkurrenz. Diese stellt wiederum eine optimale Möglichkeit dar, die Lohnrestriktion und die Disziplinierung der Gewerkschaften und damit die Verschiebung zu den Profiten und Gewinneinkommen zu verstärken. Der Begriff der Liberalisierungen darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese gerade den Weg für die Monopolisierungsstrategien der Multinationalen Konzerne ebnet, wie

wir sie im Energiesektor, der Nahrungsmittelindustrie, im Agrobusiness und in der chemisch-pharmazeutischen Industrie finden.

Und drittens hat die Krise des fordistischen Akkumulationsmodells insbesondere in den Ländern Osteuropas und des Südens das massiv verstärkt, was David Harvey die **Akkumulation durch Enteignung** nennt. Grosse Profite werden gemacht, indem sich die Multinationalen Konzerne die Ressourcen in diesen Ländern aneignen: Dabei geht es um Land, Wasser, Bodenschätze, Pflanzen, Wissen u.a.m. Die Enteignung wird abgesichert durch die zunehmende Verschärfung des Patentschutzes im sogenannten TRIPS-Abkommen der WTO, wie im England des 16. Jhds. das den Gemeinden und den Bauern gestohlene Land von den adeligen Grossgrundbesitzern eingeehgt worden ist (Enclosures). Zur Akkumulation der Enteignung gehören auch die **Privatisierungen**, da hier kein Mehrwert geschaffen, sondern sich Mehrwert angeeignet wird, der von anderen geschaffen worden ist.

Mit diesen Massnahmen konnten die Profite auf das Niveau vor dem Trendbruch der 70er-Jahre gesteigert werden, es folgte aber keine entsprechende Steigerung der Akkumulations- und Investitionsrate. **Die Schere zwischen Profiten und Investitionen** ist ein grundlegendes Merkmal des heutigen Regimes. Neben den erwähnten Gründen, wie der Steigerung der Profite über eine Steigerung der Ausbeutungsrate, der Verlagerung der gesellschaftlichen Bedürfnisse auf schwerer zu rentabilisierende Bereiche (Krise des fordistischen Konsummodells) und der neuen Bedeutung der Akkumulation durch Enteignung gibt es noch einen weiteren Grund für diese Schere zwischen Profiten und Investitionen: Eine Rolle spielt auch die Tatsache, dass mit dem neoliberalen Projekt die Kapitaleigentümer wieder in ihre „vollen Rechte“ gegenüber Organisationen wie den Gewerkschaften eingesetzt worden sind, und diese zusammen mit Pensionskassenfonds einen Druck auf möglichst maximale Profite machen (Share-holder-value-Konzept). Gerade die Liberalisierung der Finanzmärkte erlaubt dem Kapital, sich frei zu bewegen und dort zu investieren, wo man die höchsten Profite erwartet. Abzocker sind nicht nur die Manager mit ihren Boni – noch grössere Abzocker sind die Grossaktionäre und grosse Spekulanten wie Ebner und Blocher.

Die Schere zwischen Profiten und Investitionen erklärt weitere Merkmale der neuen Konstellation: Einerseits die chronische Tendenz zur Massenarbeitslosigkeit und zur Unterkonsumtion auf Grund der eingeschränkten Massenkaukraft. Und andererseits das, was man die **Finanziarisierung** nennen kann: Die Profite werden nicht mehr in den realen Produktionsprozess investiert, sondern sie fliessen in die Spekulation. Auf Grund des überschüssigen Kapitals wächst der Finanzsektor massiv an und alles scheint sich nur noch darum zu drehen, wie aus Geld mehr Geld gemacht werden kann, ohne dass überhaupt etwas gearbeitet oder investiert wird. Zudem wurde mit der Liberalisierung der Finanzmärkte und der wachsenden Bedeutung des Finanzbereichs die Wirtschaft destabilisiert.

Auf dem Hintergrund der zunehmenden Bedeutung des Finanzkapitals und der Spekulation wird heute von einzelnen Linken ein Gegensatz zwischen dem „bösen“ Finanzkapital und dem „guten“ Realkapital konstruiert, wobei das Finanzkapital das Realkapital „ausbeuten“ und mit seinen Exzessen für die Krise verantwortlich sein soll. Diese Auffassung ist in dieser zugespitzten Form nicht richtig und hat problematische Implikationen. Wie bürgerliche Politiker ruft man nach - nicht unbedingt falschen - Reformen am Finanzmarkt und glaubt damit einen „guten“

Kapitalismus wiederherstellen zu können. Ausser dass sich Multis auch als Finanzkonzerne betätigen, sind sie an den der Krise zugrundeliegenden Problemen ebenfalls beteiligt: Beiden gemeinsam sind die Massnahmen zur Steigerung der Ausbeutungsrate und die Jagd nach maximalen Profiten, wie wir es in der Schweiz z.B. bei Nestlé, Glencor und der Pharmaindustrie mit ihrer neoliberalen Politik der Lohnrestriktion, ihren Monopolisierungsstrategien und ihren Strategien der Akkumulation durch Enteignung und der Plünderung der Ressourcen zur Genüge sehen können. Es war schon immer die Rolle des Finanzkapitals, Aufschwünge anzukurbeln und Abschwünge zu beschleunigen und zu vertiefen. Als Finanzkapital kann es sich, wie nicht zuletzt die Krisen zeigen, aber nicht völlig vom Realkapital lösen. Zweifellos haben neue Finanzinstrumente (Papiere mit Hebelwirkung, Derivate, Möglichkeit der Verbriefung von Hypotheken und damit der Verschleierung und Abwälzung von Risiken) und die Deregulierung der Finanzmärkte die **Instabilitäten der wirtschaftlichen Entwicklung noch beträchtlich verstärkt**, wie sich das in den letzten Jahren durch zunehmend durch Finanzkrisen verschärfte Wirtschaftskrisen gezeigt hat, z.B. in der „Tequila-Krise“ 1994/95 in Mexiko und in der sogenannten Asienkrise 1997/98, im Crash der „New Economy“ 2001 und im Zusammenbruch ganzer Länder wie Argentinien 2001.

Die Krise des US-zentrierten Akkumulationsmodells

Während es lange gelungen ist, die Krisen auf die wirtschaftlich schwächeren Länder des Südens abzuwälzen, ist dies in der heutigen Krise nicht mehr der Fall: Die Krise ist im Herzen des Imperialismus, in den USA, angekommen. Diese haben in der Weltwirtschaft eine hegemoniale Stellung, ideologisch als Träger der neoliberalen Ideologie, mit ihrem wirtschaftlichen Gewicht und ihrer militärischen Suprematie. Nachdem diese Hegemonie anfangs der 70er-Jahre in eine Krise kam, konnte sie durch das Ende des Bretton-Wood-Systems, der radikalen Abwertung des Dollars und die Einführung flexibler Wechselkurse wiederhergestellt werden. Wichtigster Ausdruck der hegemonialen Stellung ist aber nicht mehr wie in der Zeit des klassischen Imperialismus und noch nach 1945 der Kapitalexport, sondern das wirtschaftliche Gewicht und der Dollar als Leitwährung (Dollar – Wallstreet – Regime). Damit vermögen die USA über ihre Verhältnisse zu leben. Das Leben auf Pump, der Überkonsum und die überdimensionierten Militärausgaben und die damit zusammenhängende Verschuldung werden ermöglicht durch die Zahlungsbilanzüberschüsse von EU-Ländern, Japans, Chinas und der erdölexportierender Länder des Nahen Ostens.

Nachdem die Krise der New Economy 2001/2002 durch die massiven Zinssenkungen Greenspans und den Kriegskeynesianismus, den Afghanistan- und Irakkrieg, nochmals rasch überwunden werden konnte, so scheint heute dieses Modell an ein Ende zu kommen. Weitere massive Zinssenkungen, eine weitere starke Abwertung des Dollars und eine zusätzliche Ausweitung der Verschuldung scheinen als Weg aus der Krise versperrt. Als einzige Möglichkeit bleibt der Kriegskeynesianismus, der Überfall auf ein weiteres Land, was aber mit Risiken verbunden ist und mittelfristig ökonomisch kontraproduktiv ist. Wie der Irakkrieg gezeigt hat, verwandeln sich kurzfristige ökonomische Vorteile solcher Raubzüge nach 4 – 5 Jahren ins Gegenteil (Vgl. dazu die Studie von Dean Baker).

Dass wir es heute mit einer Krise des US-zentrierten Akkumulationsmodells zu tun haben, weist darauf hin, dass die jetzige Wirtschaftskrise tief und länger

anhaltend sein dürfte. China ist von den Exportmöglichkeiten in die USA abhängig und Länder wie Japan, die Philippinen, Malaysia, Südkorea und Australien sind wiederum abhängig von den hohen Wachstumsraten in China (Chain-Gang-Ökonomie nach Walden Bello, weil diese Länder wie Sträflinge aneinander gekettet sind). Sicher hat China die Möglichkeit, mehr für den Binnenmarkt zu produzieren, was aber wohl eine längeranhaltende mit Turbulenzen verbundene Umstellung beinhaltet. Sicher hat die Krise des Modells auch Auswirkungen auf die europäischen Länder. Da nicht alle Länder der EU von der Krise gleichermassen betroffen sein werden, wird dies die heute schon sichtbar politische Krise der EU verstärken, da in einer solchen Situation die eigenen Interessen stärker in den Vordergrund rücken und die Spannungen zwischen den europäischen Ländern zunehmen werden.

Die Schweiz mit ihrem überdimensionierten Finanzbereich und als Exportland wird wohl, wenn auch mit Verspätung, von der Krise hart getroffen werden. Mit den „Rettungsprogrammen“ ist ja die Schlacht eröffnet, welcher Finanzplatz am meisten Federn lassen muss: Ohne grosses demokratisches Federlesen greift hier die „unsichtbare Hand“ des Marktes zugunsten der Abzocker tief in die Taschen der Steuerzahler. Und für einmal kann die Schweiz von ihrer Drehscheibenfunktion kaum profitieren, sondern steht eher isoliert und abgeschlagen da.

Drei Achsen einer Alternative

Die heutige Situation ist nicht zu vergleichen mit dem Börsencrash 1987 oder der Krise der „New Economy“ 2001/2002, sondern, wenn schon, mit der Krise in Japan nach 1990, bei der auf die Immobilienkrise und den Börsencrash eine zehn Jahre andauernde Stagnationsphase folgte. Heute ist aber nicht nur ein Land oder verschiedene Länder der Peripherie, sondern die ganze Weltwirtschaft betroffen. Prognosen sind Glückssache. Sicher hingegen sind zwei Dinge: Erstens werden die Regierungen alles tun, um die Krise auf die Lohnabhängigen abzuwälzen und damit die Vorrechte des Kapitals zu bewahren. Und zweitens wird die Konkurrenz unter den einzelnen nationalen Volkswirtschaften zunehmen und die Stärkeren werden versuchen, die Krisenfolgen auf die Schwächeren abzuwälzen, insbesondere auf die Länder der Peripherie. Dies muss bei einer linken Antwort auf die Krise im Zentrum stehen.

Auch ist heute schon klar sichtbar, dass die Krise zu einer Legitimationskrise nicht nur des Neoliberalismus, sondern des Kapitalismus überhaupt führen wird. Dem muss von Seiten der Linken Rechnung getragen werden, indem klare Alternativen entwickelt und zur Diskussion gestellt werden. Auch wird die Krise das politische Feld polarisieren und Zwischenpositionen, wie sozialliberale Positionen, werden zum Scheitern verurteilt sein. Entweder entscheidet man sich für Alibireformen und nimmt damit hin, dass die Krisenfolgen auf die Lohnabhängigen und die Länder des Südens abgewälzt werden oder man vertritt eine echte Alternative zur heutigen kapitalistischen Logik. Eine solche Alternative könnte entlang von drei Achsen entwickelt werden:

Eine erste Achse beinhaltet die **Umverteilung des Reichtums** und Forderungen wie die Stärkung der Kaufkraft, existenzsichernde Löhne, Indexierung der Löhne, Ausbau der Sozialversicherungen, Einbau der 2. Säule in die AHV und Ausbau des Umlageverfahrens bei Gewährleistung des Besitzstandes. Besteuerung von Gewinneinkommen und Vermögen.

Eine zweite Achse betrifft die **demokratische Kontrolle des Kredits**, d.h. die Verstaatlichung der Grossbanken und deren Führung unter demokratischer Kontrolle. Bildung eines demokratisch kontrollierten öffentlichen Investitionsfonds zur Umlenkung der Gelder von der Spekulation zu gesellschaftlich notwendigen und nützlichen Investitionen wie Investitionsprogramme gegen die Krise, Ausweitung des service public, Investitionen in den sozialen und ökologischen Umbau.

Eine dritte Achse beinhaltet Forderungen nach einer **Deglobalisierung** (Ausdruck und Konzept von Walden Bello). Dazu gehören Kapitalverkehrskontrollen, Massnahmen zur Stabilisierung des Währungssystems und Massnahmen zur Stärkung der nationalstaatlichen ökonomischen Handlungsfähigkeit als Grundlage der Demokratie bei gleichzeitiger regionaler Integration, wie sie heute in Lateinamerika angestrebt wird. Wichtig ist auch der entschiedene Kampf gegen alle imperialistischen Interventionen und Kriege, insbesondere die Verhinderung einer neuen militärischen Intervention der USA im Iran als scheinbar „letzter“ Ausweg aus der Krise.

30. Oktober 2008

Baker Dean, 2007: The Economic Impact of the Iraq War and Higher Military Spending. Center of Economic and Policy Research (CEPR), Washington. Verfügbar auf: www.cepr.net

Bello Walden, 2002: Deglobalisation. Ideas for a New World Order, London.

Bello Walden, 2008: Kapitalismus in apokalyptischer Stimmung. Auf: <http://zmaq.de>

Husson Michel, 2008: La trajectoire de la crise und andere Aufsätze auf seiner Webside: <http://hussonet.free.fr>

Gowan Peter, 1999: The Global Gamble, London.

Harvey David, 2005: Der neue Imperialismus, Hamburg.